

32. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 25. März 2023

Antrag Nr. A7

Seite 1 von 4

1 **BETR.:** *Wasserstoffwirtschaft für Brandenburg zum Markenzeichen*
2 *machen*

3 **Antragsteller:** Landesfachausschuss 4 - Wirtschaft, Landwirtschaft und Arbeit

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 Grüner Wasserstoff ist klimaneutral, technologieoffen und in vielen Bereichen einsetzbar. Er
6 kann als Energieträger für Mobilität, Brenn- und Grundstoff in der Industrie sowie für die Wärme-
7 und Stromversorgung genutzt werden. Auch als Zwischenspeicher für erneuerbar erzeugten
8 Strom kann Wasserstoff genutzt werden. Der Einsatz von Wasserstoff ist damit ein wesentlicher
9 Teil der Lösung zur Dekarbonisierung und damit Schlüssel für eine erfolgreiche Verkehrs-,
10 Energie- und Industriepolitik. Wasserstoff ist eine Querschnittstechnologie, die in vielfältiger
11 Weise eingesetzt werden kann.

12 Der Bedarf an Wasserstoff könnte sich bis zum Jahr 2040 verfünfeinfachen. In den nächsten
13 Jahren geht es um die großmaßstäbliche Erzeugung, den Transport, die Speicherung und die
14 Nutzung in diversen Anwendungsgebieten.

15 Das Land Brandenburg hat seinen strategischen Rahmen mit über 60 Maßnahmen in mehreren
16 Handlungsfeldern untersetzt, um beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft insbesondere in den
17 Bereichen Mobilität und Industrie Wertschöpfung im Land zu generieren. Im Wasserstoffatlas
18 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist Brandenburg nur marginal aufgeführt.
19 Einige Regionen Brandenburgs (bspw. die Lausitz) sehen die Gelegenheit, die Transformation
20 anzugehen. Sie engagieren sich bereits stark hinsichtlich erster Weichenstellungen für
21 Pilotprojekte und Infrastrukturentscheidungen der aufkommenden Wasserstoffwirtschaft.
22 Andere Regionen haben die Wasserstoffwirtschaft noch nicht als Ziel erkannt oder es fehlen die
23 notwendigen Ressourcen zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

24 **Erzeugung und industrielle Nutzung**

angenommen abgelehnt zurückgezogen übernommen
 überwiesen an: sonstiges.....

25 Zum Aufbau einer eigenständigen Wasserstoffwirtschaft muss in Brandenburg selbst grüner
26 Wasserstoff hergestellt werden. Dazu bietet sich der Standort Schwedt an, der eine ausreichende
27 Fläche, geeignete Mitarbeiter und die energiewirtschaftliche Fachkompetenz bietet. Es muss
28 sichergestellt werden, dass der Standort Schwedt leitungstechnisch an die „grünen Stromnetze“
29 angeschlossen ist. Das Land Brandenburg muss den Ausbau der Infrastruktur am
30 Industriestandort Schwedt, vor allem des Bahnanschlusses und der Stromleitungen zur
31 Raffinerie, zum Hafen und zur Papierfabrik, mit Hochdruck vorantreiben.

32 Projekte wie die Kooperation des Zementherstellers CEMEX, des integrierten
33 Chemieunternehmens Sasol und des Erneuerbare Energien Unternehmens Enertrag zur
34 Herstellung von nachhaltigem Flugzeugkraftstoff, der gleichzeitig zur Dekarbonisierung der
35 Zementindustrie beitragen soll, sollte das Land aktiv unterstützen.

36 Weitere Test- und Demonstrationsanlagen sollen aktiv gefördert werden.

37 **Transport**

38 Das Land Brandenburg sollte hinsichtlich des Transports des benötigten Wasserstoffs, der nicht
39 am Ort des Verbrauchs hergestellt werden kann, frühzeitig darauf einwirken, dass dieser nicht
40 allein straßen- und schienengebunden, sondern auch durch feste Infrastruktur (Pipelines)
41 erfolgen kann. Bisher ist eine Pipeline von Rostock nach Mitteldeutschland westlich an Berlin
42 vorbei angedacht, so dass Ostbrandenburg und die hiesigen potenziellen Großverbraucher davon
43 abgeschnitten wären.

44 Das Land sollte kurzfristig einen zentralen Standort entwickeln, an dem die Synthese von Methan,
45 Ammoniak und synthetischen Treibstoffen erfolgt, um von Pipelines unabhängiger zu werden.

46 Das Land muss mittelfristig eine Strategie für eine flächendeckende Transport-Infrastruktur für
47 Wasserstoff erarbeiten, um auch die Regionen, in denen Wasserstoff nicht selbst hergestellt
48 werden kann, zu versorgen.

49 Bei den für den Transport von Öl aus Polen und Kasachstan geplanten Pipelines muss beim Bau
50 sichergestellt werden, dass die Pipelines auch für den Transport von Wasserstoff geeignet sind.

51 **Speicherung und flächendeckende Versorgung**

52 Dort, wo Wasserstoff nicht unmittelbar verbraucht wird, muss er gespeichert werden. Die FDP
53 begrüßt das Forschungsprojekt der EWE zum Bau einer 500 Kubikmeter großen Testkaverne in
54 Rüdersdorf.

55 Das Land Brandenburg muss frühzeitig die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass
56 Kavernen zur Speicherung von Wasserstoff zügig genehmigt werden und Kavernen, die bislang
57 zur Speicherung von Erdgas dienen, umgenutzt werden können. Beschleunigte
58 Genehmigungsverfahren müssen zum Markenzeichen des Landes Brandenburg werden.

59 Das Land Brandenburg und die Kreise und Kommunen sollen klare Ausbauziele für die
60 flächendeckende Versorgung mit Wasserstofftankstellen festlegen.

61 **Kommunale Wasserstoffpläne**

62 Der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft kann nicht ohne die Kreise und Kommunen gelingen.
63 Dazu sollen die Kreise kommunale Wasserstoffbedarfspläne und Konzepte zur Erzeugung,
64 Verteilung und Nutzung von Wasserstoff aufstellen. Dazu brauchen sie die Unterstützung eines
65 „Kompetenznetzwerkes Wasserstoff“ auf Landesebene.

66 Die Landkreise sollen in den Wasserstoffplänen Bedarfe, Nutzungen und Ausbaupläne der
67 Wasserstoffwirtschaft definieren und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung auflisten. Im Falle
68 von Strommangellagen können Brennstoffzellen, die Elektromotoren antreiben, auch Strom für
69 die Notversorgung liefern.

70 Bei der bis 2026 erforderlichen Umrüstung der Flotten des ÖPNV nach EU-Vorgaben sollte
71 Wasserstoff als Treibstoff für Busse und Bahnen eine wichtige Rolle spielen. Entscheidungen über
72 die Anschaffungen von Fahrzeugen stehen ab 2023 an. Die FDP Brandenburg spricht sich für
73 einen technologieoffenen Wettbewerb aus. Es darf keine Vorfestlegung auf eine Technologie,
74 z.B. auf Batterieantrieb, geben. Kriterium für die Anschaffung der Fahrzeuge muss die
75 wirtschaftlich effizientere Antriebsform sein.

76 **Forschung**

77 Brandenburg muss auch im Hinblick auf die Forschung zum Thema Wasserstoff einen
78 Spitzenplatz erobern. Gemeinsam mit Berlin sollte ein „Forschungsverbund Wasserstoff“
79 aufgebaut werden.

80 In den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Energiewirtschaft, Betriebswirtschaft etc. sollen an
81 brandenburgischen Hochschulen Studiengänge zur Wasserstofftechnologie geschaffen werden
82 (z.B. in Cottbus).

83 Als Anreiz sollte das Land Brandenburg einen gut dotierten „Forschungspreis Wasserstoff“
84 ausloben. Dabei sollte sich das Land die späteren Nutzungsrechte an den geförderten Verfahren
85 und Technologien sichern.

86 **Beratung und Information**

87 In Deutschland gibt es eine weit verbreitete Technikskepsis, die mehr von emotionalen und
88 ideologischen Motiven getragen wird als von rationalen Argumenten. Die
89 Wasserstofftechnologie darf nicht in dieselben langjährigen Ideologie-Diskussionen gezogen
90 werden wie die Kernenergie, die Nanotechnologie oder die Gentechnik. Deshalb muss frühzeitig
91 eine auf verschiedene Zielgruppen abgestellte Strategie zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt und
92 umgesetzt werden, die Chancen und Risiken sachlich abwägt und wissenschaftsbasiert bewertet.

93 Das Land Brandenburg muss Beratungs- und Akzeptanzmaßnahmen sowie Vernetzung der
94 Akteure und Informationsaustausch fördern und klare politische Signale setzen, dass ohne die
95 Wasserstofftechnologie die Klimaziele und die Energiewende nicht zu erreichen sind.

96 Neben dem „Kompetenznetzwerk Wasserstoff“ sollte es digitale und analoge
97 Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger geben sowie in jedem Kreis
98 Ansprechpartner für Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, bei denen Fachkompetenz
99 zu Wasserstoff gebündelt wird. Dabei sollte eine enge Kooperation mit dem Bundesministerium
100 für Bildung und Forschung angestrebt werden.

101 Begründung:

102 Erfolgt mündlich.